Preis 4 Mark

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 36,—, vierteljährlich M. —,—, unter Streifband im Inland und Deutschösterrei monatlich M. 44,—, vierteljährlich M. —,—, im übrigen Ausland monatlich M. 56,—, vierteljährlich M. —,—. — Postscheckkonto Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 11346. — Bankverbindun Hansabank, (e. G. m. b. H.), München. — Geschäftsstelle: München, Thierschstraße 15. — Fernruf 20647 — Geschäftszeit 8—12 u. 2—6 Uhr, Samstag 8—1 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm bre Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 10,—, für München M. 8,—, mit entsprech. Nachlaß. Reklamezeile M. 36,—. Finanzanzeigen netto M. 7,50. Familienanzeigen M. 5,—, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw M. 5,—. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20647. — Drahtanschrift: Beobachter, München. — Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 9—11 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 72 — München (Samstag), den 9. September 1922 — 36. Jahrgan

F. M. J. Rehse Archiv München

Abrechnung mit Wirth und Genossen

Aus verschiedenen Kreisen werden wir gefragt, ob es tatsächlich der Fall sei, daß Dr. Wirth — wie wir behaupteten — sich so hoffnungsvoll über den Bankjuden und französischen Ehrenlegionär geäußert hätte, ob Ph. Scheidemann wirklich in der börsianischen „Frankfurter Zeitung" geschrieben habe usw. Wir benutzen diese Anfragen, um unsern Reichskanzler nochmals unter die Lupe zu nehmen, kurz, bevor die Wogen über seiner Erfüllungspolitik, nach außen, und über seiner Vergewaltigungspolitik alles Deutschen, nach innen, zusammenschlagen werden.

Ein solches Bild von Hilflosigkeit, gemischt von schulmeisterlicher Anmaßung, hat — außer vielleicht in der Gestalt Bethmann-Hollwegs — noch nie an der Spitze Deutschlands gestanden.

Wir wollen ihn sich kurz selbst charakterisieren lassen.

Auf dem Industriellentag im Januar 1922 (unter dem Vorsitz des Franz v. Mendelssohn) sagte Dr. Wirth, daß „nach dem schweren Jahre 1921 im Jahre 1922 anscheinend eine Ära (!) der Verständigung folgen" werde. Das „maßgebende (!) Kennzeichen" dafür sei „die Tatsache, daß man Deutschland als gleichberechtigten Kontrahenten zu einer Konferenz geladen" habe. In Genua wurde bekanntlich die deutsche Abordnung der Lügenhaftigkeit bezichtigt . . .

„Im „Berliner Tageblatt" schrieb Dr. Wirth zu Anfang dieses Jahres, das „deutsche Wirtschaftsgefüge aufrechtzuerhalten", sei für das deutsche Volk die „Vorbedingung für seine Lebensmöglichkeit". Heute muß er zugeben, daß die Parole „durch Erfüllung zur Freiheit des Vaterlandes" uns ruiniert hat. Er sagte zu den Vertretern der ausländischen Presse am 16. August: „Welche Folgen dieser Marksturz für Deutschland hat, liegt auf der Hand: weitere (!) Verelendung breiter Volksschichten, Absperrung der nötigsten Lebensmittel- und Rohstoffzufuhren, Ausverkauf der Lagerbestände (!!), Hungersnot, Verzweiflungsausbrüche der Masse, Unterhöhlung jeder Regierungsautorität und speziell für die deutsche Industrie Vernichtung des Betriebskapitals und Erlahmen der Produktion." Das alles liegt tatsächlich auf der Hand, aber ebenso liegt es auf der Hand, daß die Politik Dr. Wirths uns dahin gebracht hat. Das beste aber ist, daß er uns dies selbst schon prophezeite. Er sagte Ende November 1921 zum Korrespondenten des „Corriere d'Italia": Müsse Deutschland auch in Zukunft in Gold zahlen, so sei der Bankerott Deutschlands unvermeidlich.

Zur selben Zeit sagte er dem Korrespondenten des „Petit Parisien": „Ich riet meinen Mitbürgern im Mai, das (Londoner) Ultimatum anzunehmen und die Reparationszahlungen bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit durchzuführen."

Das ist geschehen, und „Grenze der Leistungsfähigkeit" bedeutet ja nichts weiter als Beginn des Bankerotts. Nimmt man zudem noch das Anpreisen des „verstorbenen Freundes" Walter Rathenau und über die „unvergleichliche Stimmung, der sich niemand (!) entziehen konnte", welche dieser in Genua verbreitet haben soll, und zieht man in Betracht, daß dieser Rathenau gesagt hatte, es gebe keine „absolute Unerfüllbarkeit", so wird vielleicht ein Psychiater allein klar sehen wie es unter der Hirnschale Dr. Wirths aussieht.

Auf dem Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1922 sagte Dr. Wirth: „Dieses Ziel, daß man die Welt wirtschaftlich sehe, und die Verbreitung der Erkenntnis, daß die Wirtschaft der ganzen Welt die Verständigung der Menschen voraussetzt, dieses Ziel hat Deutschlad auf dem Leidenswege von London am 10. Mai bis Cannes erreicht." (!!!)

Zwei Monate darauf kamen die neuen Reparationsdiktate, dann kam die Finanzkontrolle, das Genfer Diktat, die frechen Reden Poincares usw. Und die Folge?

Im August 1922 erklärte Dr. Wirth dem Korrespondenten des „Neuyork Herald": „Die Entwertung der Mark sei eine derartige, daß das Ausland die gesamte Industrie für wenige Milliarden Dollars aufkaufen könne." Hat er nicht gemerkt, welche Ohrfeige er sich selbst gegeben hatte? Und weiter hieß es: Wenn die Londoner Konferenz eine Enttäuschung bringe, werde Deutschland sein Arbeitszeug aus der Hand legen und den Mut verlieren.

Die Londoner Konferenz ist resultatlos verlaufen — Dr. Wirth ist noch immer Reichskanzler geblieben. Eine — feste Stirn, nichts zu sagen!

Auf einer seiner vielen Wanderreden (in Stuttgart) äußerte Dr. Wirth am 9. Juni: „Den Fortschritt (!) in den politischen Beziehungen des Deutschen Reiches zu den früher (!) feindlichen Staaten erkennt man am deutlichsten (!) an der Sprache, die diese führen." Jawohl. Wirth kam damals aus Genua, wo ihm und allen deutschen Vertretern von Barthou offen Lügenhaftigkeit vorgeworfen war. Dies hatte ihn nicht verhindert, aus Genua einem Freund in Karlsruhe folgende Karte zu schreiben: „Hier ist es noch schöner als auf der Derkheimer Weinversteigerung" („Schwäbische Tageszeitung", Nr. 140). Weiter sagte er in Stuttgart: „Genua hat gezeigt, daß Deutschland wieder einen festen Boden unter den Füßen hat."

In derselben Rede führte er weiter aus, es sei die Aufgabe der deutschen Politik, „die Frage der Reparationen . . . allmählich (!) aus dem politischen Hexenkessel in das Reich wirtschaftlicher Erwägungen (!) überzuführen". Volle fünf Monate früher hatte er gesagt, dies Ziel, die Welt wirtschaftlich zu sehen, habe Deutschland schon erreicht! Ein echt neudeutscher, genialer Staatsmann dieser Dr. Wirth.

Ein besonderes Sorgenkind der deutschen Reichsregierung war vor allem die Anleihefrage. Alle Bankiers der Erde wurden gebeten, dem armen Deutschen Reich doch ja eine Anleihe zu gewähren. In derselben Stuttgarter Rede stellte Wirth „mit Befriedigung" fest, daß in dem Anleiheausschuß Männer der englischen und amerikanischen Hochfinanz sitzen, die schon im vergangenen Jahre die Unmöglichkeit der Londoner Zahlungsbedingungen erklärt hätten („Voss. Ztg." Nr. 271).

Diese Herren waren u. a. Morgan und sein geschäftsführender Jude Cohn und Otto Kahn, gebürtig 1867 aus Mannheim, während des Krieges zum Offizier der französischen Ehrenlegion ernannt.

Die Hoffnungen gingen in Paris zu Wasser. Die Börsenbanditen fanden es als für sie gewinnbringender, die deutsche Mark weiter zu drücken und fuhren nach gelungenem Geschäft nach Hause. Auch Poincaré wurde abgewimmelt. Das „Berliner Tageblatt", das sonst Poincaré als den Herrn der Welt hinstellt, plauderte damals in seiner Beilage („Ulk") aus der Schule und zeichnete den französischen Ministerpräsidenten mit einer geschwollenen Backe. Auf dem Ärmel der schlagenden Faust aber steht „Internationale Bankierkonferenz".

Jetzt sollen die Herren der Welt wieder zusammentreten. Diesmal im Zentrum der Weltpolitik in Amerika. Das ganze sogenannte demokratische und Arbeiterdeutschland bittet heute auf Knien um Hilfe von den größten Weltbeschwindlern und Mammonsfürsten. Das war das Ende, aber auch das Ziel der Tat vom 9. November.

Der Unglücksmann aber, der noch immer an Deutschlands Spitze steht, bereitet uns schon wieder auf Ungeheuerliches vor. Bekanntlich fordern die Herrschaften in der Reparationskommission die Deponierung eines großen Goldbetrages in einer ausländischen Bank als Pfand. Anfänglich, wie immer, ein krampfhaftes „Nein", „Unmöglich" usw. Dann aber erklärte Dr. Wirth (und zwar den Vertretern der Gewerkschaften ins Gesicht), er hoffe auf ein günstiges Ergebnis von den Verhandlungen mit Belgien. Er würde keine Hand dazu bieten, daß „aus dem mageren Goldbestande der Reichsbank namhafte (!!) Beträge hergegeben" würden. Aber daß überhaupt Gold ins Ausland soll, dagegen hat der Erfüllungs-Wirth heute schon nichts mehr einzuwenden. Trotzdem er selbst endlich gemerkt hat, daß Hunger und Elend heute herrschen (neben dem Protzentum seiner Berater), sprach er seelenruhig weiter von den „Notwendigkeiten", die sich aus dem „Versailler Vertrag" (!) ergäben.

Als Wirth zum zweitenmal Reichskanzler wurde, triumphierte die „Münchner Post": Alle Zeitungen, „soweit sie nicht von Ariern geschrieben" würden, wären ausnehmend zufrieden. Das internationale Börsen- und Sowjetjudentum hatte auch alle Ursache, zufrieden zu sein. Nach dem Mammonismus hin bittet Wirth um Anleihen und verspricht Erfüllung über Erfüllung. Den Bolschewistenführern räumt der den russischen Botschafterpalast Unter den Linden ein.

Der „Daily Chronicle" schrieb Ende Mai 1922: Eine Widerspenstigkeit von seiten Deutschlands sei niemals wirklich in Frage gekommen, solange Dr. Wirth Reichskanzler gewesen sei.

Damit rundet sich für alle Deutschen der Charakterkopf Wirth in restloser Weise. Alle Welt ist zufrieden: die Weltbankiers, die Weltrevolutionsmacher, das Zentrum, alle unsere sonstigen Feinde.

Nur der Deutsche ist unzufrieden. Unbegreiflich, unbegreiflich . . .

Die Freiheitspartei

Um allen anderslautenden Erzählungen ein für allemal Spitze abzubrechen, wird hiermit erklärt, daß die Nation sozialistische Deutsche Arbeiterpartei gar nicht daran denkt, der „Deutschen Freiheitspartei" — falls eine solche ins Le treten sollte — anzuschließen.

Wir sehen in unserer Bewegung die Partei der de schen Zukunft. Sie, oder keine, wird die Rettung eines je deutschen Arbeiters der Hand und des Geistes bringen.

Die Parteileitung

Eine Handgranate

In Mannheim ist in die Börse nach Schluß der Jud schule daselbst eine Handgranate geworfen worden. B dem Nationalsozialisten Paul Jansen. sollte offenbar eine Demonstration sein gegen die freche Vol ausplünderung, die in diesen Instituten betrieben wird.

Man mag sich dazu stellen, wie man will, aber eines m man bemerken: Ein bewußtes Mitglied der „Münchener-Vo Partei würde eher eine Bombe in ein Kinderheim als eine Börse werfen. Denn es weiß, daß es im zweiten F seine Geldgeberin töten würde.

Spielhöllen

In den Großstädten, besonders aber in den stark mit Ju bevölkerten, machte sich schon seit langer Zeit das nächtli Spielertum breit. Eine Anzahl degenerierter, syphilitisc magenkranker und geschlechtsloser Männer und Weiber, durch Börsenjobben, Schieben, Wuchern oder ähnliche genehme Tätigkeiten mühelos Geld verdienten, pflegten un sich in den glänzenden, mit schweren Teppichen beleg Räumen einer Kurfürstendamm-Wohnung oder aber in troleumdurchschwängerten Hinterräumen einer Kaschemme mühelos Erworbene im Glücksspiel wieder an den Mann bringen.

Zur Rettung dieser verlorenen Seelen wurde in Berlin e eigene Polizei-Abteilung gegründet, deren Aufgabe darin stand, derartige Spielerhöllen auszuheben. Die Spieler u Spielergenossen wußten aber die gute Absicht des Staat ihnen ihr rechtmäßig erworbenes Vermögen zu erhalten, den seltensten Fällen zu würdigen, sie etablierten sich irgendeiner anderen Stelle, und nur der Wirt brummte v übergehend, oder die Konzession wurde ihm entzogen.

Heute hört man wenig mehr von derartigen Spielhöll seitdem das Glücksspiel konzessioniert worden und in Börsen eingezogen ist. Das kleine Spiel um Hunderttause reizt nicht mehr, seitdem es um Milliarden geht. Es ist a bequemer gemacht, denn während die Börsenroulette läuft, ka man die Zeit in irgendeinem Schlemmerlokale oder in Armen irgendeines Freudenmädchens viel nutzbringender v bringen. Auch läuft man nicht Gefahr, nächtlicherweile irgendein Polizeirevier gebracht zu werden. Denn die hörden, die sich fleißig am Spiel beteiligen, können sich d nicht selbst hinter Schloß und Riegel setzen.

Grundsätzlich besteht ja auch ein trefflicher Unterschi zwischen dem Spiel in den Spielhöllen und dem Spiel der Börse. Im ersteren Falle entscheidet der Glücksfall, zweiten eine Gruppe von skrupellosen Menschen, die nur d Zweck im Auge hat, sich selbst unter Mithilfe der abwesend Spieler zu bereichern, wobei vielfach ein Kraftaufwand Stimmaterial ebenso notwendig ist, wie künstliche Arm- u Beinverrenkungen.

Das Börsenspiel wird den Spielern so bequem wie mögl gemacht, und die Banken und deren Agenten strecken i Fangarme über das ganze deutsche Volk aus, so daß a diesem jetzt schon ein Spielervolk schlimmster Sorte geword ist. Dabei merkt dieses Volk aber gar nicht, daß ein Zufall gewinn letzten Endes doch immer einen Verlust nach sich zie denn das Faß der Börsenjobber, Banken und Juden bes keinen Boden.

Aber das Reich behält seine Konzessionen von den We banken; es ist eine Lust, zu leben.

Unter Brüdern

Ein mehrheitsmarxistischer Magen kann zwar im allg meinen die widerstreitendsten Genüsse vertragen, aber h und da kommt es doch vor, daß es ihm übel wird. So ei Speise, die ihm nicht gut bekommen zu sein scheint, ist d sozialistische Professor Lentsch, zur Zeit Schriftleiter der vol parteilichen „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Der M.S. Magen hat ihm bekanntlich ausgespien, und es ist ganz le reich, aus einer marxistischen Zeitschrift, dem „Firn", entnehmen, auf welche Gründe dieses „Übergeben" zurück führen ist. Der „Firn" behauptet: „Es hat in der (soz.-dem

Partei immer Erscheinungen gegeben, von denen man nicht gerne sprach. Vor allem sind wir niemals frei gewesen von höchst widerlichen Cliquen, denen die persönlichen Mächeleien alles, die Bewegung sehr wenig, das Endziel gar nichts war." Der „Firn" sagt dann weiter, daß dieses Cliquenwesen in der Partei immer weiter um sich griff, je mehr Stellen die Partei an Funktionäre zu vergeben hatte, und daß dieses Cliquenwesen und Strebertum seit dem Umsturz die Partei völlig zu überwuchern begonnen hat. „Seit der Zeit waltet aber auch eine Feme in der Partei, deren Macht nur wenige kennen, aber viele verspüren. Diese Feme wird gehandhabt von Leuten, die in den vier schwersten Jahren die Politik der Partei stetig sabotiert haben, jetzt aber ihre eigentlichen Dirigenten sind."

Dieser Feme ist nach dem „Firn" auch Herr Lentsch zum Opfer gefallen, und zwar deshalb, weil er als M.S.P.-Mann Schriftleiter an einer reaktionären Zeitung war. Es ist nun sehr lehrreich, wie bei dieser Gelegenheit der „Firn" aus der Schule seiner roten Brüder plaudert. Herr Lentsch ist nämlich nicht der einzige, der so ein marxistisches Verbrechen begangen hat, sondern es gibt nach dem „Firn" noch andere solche Verbrecher. So ist z. B. ein Herr Kaliski Schriftleiter am „Konfektionär", einem Ullsteinblatt, und auch in den Schriftleitungen des „Berliner Tageblattes" und der „Frankfurter Zeitung" sitzen wohlorganisierte Mehrheits-Marxisten, beim „Berliner Tageblatt" rühmt sich sogar einer der Zugehörigkeit zur U.S.P. Gegen alle diese Parteigenossen hat sich aber die „Feme" nicht gewandt, obwohl doch sowohl hinter der „Deutschen Allg. Ztg." wie hinter den Ullstein- und Mossеblättern kapitalistische Mächte stehen. Hinter der „D. A. Z." steht produktives Industriekapital, stehen die Kapitalisten von Hugo Stinnes, hinter den Blättern von Ullstein und Mosse steht Bank- und Handelskapital. Soweit hat der „Firn" wohl ganz recht. Seine weiteren Schlußfolgerungen sind aber um so verkehrter. Er meint nämlich, man habe Lentsch aus der Partei hinausgeschmissen, um ihn mundtot zu machen, und wundert sich, warum man, nach gleichem Rechte, nicht auch die anderen Parteigenossen entläßt. Darüber sich zu wundern, ist aber gar kein Grund vorhanden, denn die Herren Kalinski und Genossen sind eben Juden und Schriftsteller an Judenblättern, und da diese Zeitungen ebenso wie die marxistischen Parteien die Interessen des Judentums vertreten, so ist alles in schönster Ordnung. Etwas anderes ist es um die Frage des „Firn", ob die M. S. Partei „die Lentsch nur so von den Bäumen schütteln könne". Wir glauben auch, daß „die Partei (des Herrn Ebert) in einer Lage ist, wo sie den zwingenden Anlaß spüren müßte, jede überdurchschnittliche Intelligenz festzuhalten". Aber vermutlich ist die Partei „noch immer zu geistig. Und übrigens breitet man ja jetzt die Arme aus, um die Dittmänner und Crispiene, die schlimmsten Parteischädlinge und politischen Marodeure, ans Genossenherz zu drücken."

Diese Stoßseufzer des marxistischen „Firn" zeigen, wie innerlich morsch dieses ganze Gebäude schon geworden ist, aber allzu große Hoffnungen darf man auf solche Erkenntnisse nicht setzen, denn die wahren Zusammenhänge will auch der „Firn" noch nicht erkennen. Nämlich die, daß es der Jude ist, der die tüchtigen Kräfte, die, wie Lentsch, sich allenfalls in den Marxismus verirrt haben könnten, auszuschalten versucht, um alle Stellen mit Kreaturen seiner Rasse zu besetzen, die dann alle in gleicher Richtung wirken, ob sie nun im „Vorwärts" oder im „Berliner Tageblatt" sitzen.

Ein Tag der Schmach in Bayern

Wenn in den letzten Monaten in der Tagespresse von glänzend verlaufenen Regimentsfeiern zu lesen war, schlug jedes nationale Herz höher und begrüßte diese Zeichen alter, wiedererwachender Kameradschaft und nationalen Bewußtseins als Verkünder einer neuen, besseren Zeit. Und jede Feier, auch die kleinste im kleinsten Ort, verlief würdig und eindrucksvoll. Nürnberg, der Stadt, die nach ihrer Geschichte als die deutscheste in Deutschland anzusprechen ist, blieb es vorbehalten, hier eine so traurige, schmähliche Ausnahme zu machen, daß man sich an den Kopf greift und sich fragt, ob so etwas in Bayern möglich sein konnte. Für Sonntag, den 3. September, waren die ehemaligen Angehörigen der schweren Artillerie, der Waffe, die der Feind im Schandfrieden von Versailles ganz zerschlug, weil er sie am meisten zu fürchten gelernt hatte, nach Nürnberg zu einem Wiedersehensfest und zu einem Erinnerungstag für unsere Toten geladen. Und sie waren gekommen aus allen Gegenden und allen Ständen, weil für sie die in Not und Tod geborene Kameradschaft und die Treue noch kein leerer Wahn geworden war. Sie waren gekommen, trotzdem die Linksparteien seit Wochen gegen diese absolut unpolitische Veranstaltung gehetzt hatten. Was ihrer dort aber wartete, war eine Schmach ohne Grenzen, ein Wut der Erbitterung erzeugender Terror der Straße, der seinesgleichen sucht. Schon bei der Delegiertensitzung am Samstag war der Kulturvereinssaal, der Versammlungsort, von Hunderten von johlenden, meist recht jungen Menschen belagert, die jeden mit dem Festzeichen versehenen Besucher verhöhnten und beschimpften. Das alles war aber nur eine Vorprobe für den kommenden Sonntag. Von 1/28 Uhr an war die ganze Umgebung des Kulturvereinsgebäudes von einer johlenden Menge umlagert, die jeden, auch einzeln daherkommenden Kirchenzugteilnehmer in der unflätigsten Weise beschimpfte und bedrohte. Der Stadtrat Nürnberg hatte seine vorher erteilte Erlaubnis am Abend des Samstags zurückgezogen und den Kirchenzug verboten. Herr Oberbürgermeister Dr. Luppe aus Frankfurt hatte seinen zuerst angemeldeten hohen Besuch abgesagt. Auf Beschwerde an die Kreisregierung wurde das Verbot des Stadtrates aufgehoben. Im Laufe des Vormittags wuchs die Menge so an, daß die erschienene Schutzmannschaft nicht ausreichte, und es wurde Landespolizei zu Hilfe gerufen, um so mehr, als einige Kirchenzugteilnehmer geschlagen und angespuckt worden waren. Ihr Erscheinen verwandelte die verhetzte Masse in eine sich wie Irre gebärdende. Der Wahnsinn erreichte dort seinen Höhepunkt, als sich der Zug trotz aller Drohungen formierte und in Bewegung setzte. Bemerkt sei, daß die kommunistische Jugend mit roter Fahne und Sowjetstern anscheinend ziemlich ungehindert umherziehen und singen und unaufhörlich in Bayern die Sowjetrepublik hochleben lassen durfte. Der Kirchenzug war vom Kulturverein bis zur Sebalduskirche unausgesetzt das Ziel der gemeinsten, mit bemerkenswerter Lungenkraft ohne Aufhören gebrüllter Schmähungen. Fahne war keine einzige zu sehen. Wo vereinzelt aus Häusern gewinkt wurde, quittierte die rasende Menge mit Drohungen und Beschimpfungen. Und ein entsetzliches seelisches Erlebnis war es für alle Zugsteilnehmer, in den Augen der Masse einen an Wahnwitz grenzenden Haß zu lesen gegen die, die nichts als ihre Schuldigkeit gegen ihr Vaterland getan hatten. Und so zogen wir Fußartilleristen zur Kirche, um unsere Gefallenen zu ehren, an der Spitze des Zuges eine Hundertschaft Landespolizei, zu beiden Seiten des Zuges alle 3—5 Schritt ein Schutzmann, alle 10 Schritt ein berittener Landespolizist, am Schlusse des Zuges drei Lastkraftwagen mit Landespolizei und wieder zirka eine Hundertschaft zu Fuß. So zogen wir dahin, fast alle ohne Ausnahme Frontkämpfer, eskortiert, wie einst einmal Schwerverbrecher geführt wurden, und mußten von jungen Burschen und verhetzten Weibern, die anscheinend kein deutsches Vaterland mehr kennen, weil sie die Sowjetrepublik hochleben lassen, Beleidigungen einstecken, die hier nicht wiederzugeben sind. Unsere Gefangenen im Kriege wurden mit dem zwanzigsten Teil an Sicherheitsmannschaften zurückgeschafft, der in dem bayerischen Nürnberg notwendig ist, um Soldaten, die die Treue zu ihrer Waffe über diese vier Jahre völkischer Erniedrigung hinaus bewahrt haben, die zusammengekommen waren, um die Kameraden wiederzusehen und die Toten zu ehren, zu der Kirche zu führen, wo die Erinnerungsfeier stattfand, um sie zu schützen vor Elementen, die zum größten Teil nie im Felde waren, und die die Revolution machten in dem Augenblick, in dem sie an die Front kommen sollten. Und von einem großen sog. Fremdenverkehrsauto, vollbesetzt mit größtenteils Ausländern, schauten diese lächelnd auf diese grausige Selbstentmannung eines einst großen Volkes und werden daheim sicher erzählen von diesem Tage der Schmach in der einst so deutschen Stadt Nürnberg. G. St.

•

Wie weit der Bolschewismus in Nürnberg gediehen ist, beleuchtet wohl die Tatsache, daß die Menge vor dem Kulturvereinshaus (zirka 2000 bis 3000) unter dem Banner der Sowjetfahne ihre blutrünstigen Demonstrationen ausführten. Uns interessierte am meisten die Beobachtung, daß auch innerhalb der Menge Juden in agitatorischer, hetzender Weise tätig waren und ein solcher den Ausspruch tat: „Alle Artilleristen soll man ins Schlachthaus treiben, und abschlachten!" (Diesen Ausspruch kann ich beeiden.) Am empörendsten war die Tatsache, daß sowohl Festteilnehmer in Zivil als auch vor allem Offiziere in Uniform (es waren zirka 20) mit Stöcken geschlagen und angespuckt wurden, und daß die Polizei es erst immer der Mühe wert fanden auch diese Volksgenossen zu schützen, nachdem die ersten Hiebe bereits gesessen waren. — Der „Festzug" selbst wurde auf seinem ganzen Wege, von den mitziehenden „Genossen" beschimpft und mit Pferdemist beworfen!

Wie sehr organisiert die ganze Demonstration zum Schutze der Republik war bewies die Anwesenheit der „Arbeitersamariter" und die geradezu empörende Art, Kriegs- oder anderweitig Beschädigte zur Propaganda, Hetze und Spitzeldienst auszunützen! — Wir erlebten nämlich am Abend, als wir im Nebenzimmer eines kleinen Gasthauses zur Abschiedsfeier (d. h. Beisammensein — denn Feierstimmung konnte in Nürnberg nie aufkommen) saßen, daß nacheinander zwei körperlich Beschädigte uns einen Besuch abstatteten und in provozierendster Weise uns zu Gewalttätigkeit gegen sie aufzuhetzen versuchten (die Leute kamen aus einer als kommunistisch bekannten Wirtschaft).

Echte Demokraten

Anläßlich der Störung des Artillerietages in Nürnberg hat die „Deutsche" Demokratische Partei eine Entschließung gefaßt, in welcher sie sich „mit Entrüstung" über den Terror und das „staatsgefährliche Treiben" der „Linksparteien" wendet (mit denen sie im Reichskabinett zusammensitzt!) und die Führer (die sie großgezüchtet hat!) auffordert, dem Einhalt zu tun.

Dieses Gewimmer einer zahnlosen Vettel ist bejammernswert, aber charakteristisch. Erst geht man, aus Furcht vor der „Reaktion", mit den Cohns und Levis durch dick und dünn. Und wenn diese dann ihren ersehnten Deutschenpogrom mit Deutschen zu inszenieren beginnen, bitten die Demokraten ausgerechnet diese Levis und Cohns um Hilfe.

Eine prachtvolle Gesellschaft.

Die „M. N. N."

hatten am Donnerstag festgestellt, daß in Rußland die Hungersnot zu Ende ist. Am Freitag wissen sie bereits, daß es unmöglich ist, der Hungersnot Herr zu werden.

Die „M. N. N." versprachen, als die Gesetze zum Schutz der Republik in Angriff genommen wurden, den schärfsten Kampf, und nannten sie ganz richtig einen Verfassungsbruch. Jetzt verteidigen sie Dr. Wirth gegen die nationalen Verbände und begrüßen das „Abkommen" mit ihm.

Die „M. N. N." begeistern sich für den Freiheitskampf Kemal Paschas. Deutschland empfehlen sie, den Mund zu halten.

Die „M. N. N." brachten die Rede des Kardinals Faulhaber über die Pest der Börse im fetten Druck. Sie verurteilen aber jeden Kampf gegen die Börse und geben tagtäglich ihr Börsen-Abendblatt für Tausende von Börsenspekulanten heraus.

Die „M. N. N." sind ein echt demokratisches Blatt. Jehovah hat seine Freude an ihm.

Amerikas wahrer Grund zum Kriegseintritt

Man hatte ja eigentlich nie recht daran gezweifelt, daß für Amerika der Beitritt zum Kriege nur das Geschäft war. Aber es war nicht nur das winkende Geschäft der Kriegs- und Munitionslieferungen, das sogar die „Lusitania" frevelhaft aufs Spiel setzte, um nachher ein heuchlerisches Zetermordio zu erheben, sondern es war auch die Besorgnis um das schon lange in das englische Kriegsgeschäft hineingesteckte Kapital. Hierfür bringt, nach mancherlei schon bekannten, das Aprilheft des „American Monthly" folgenden schönen Beleg, eine freiwillige Erklärung des Bürgermeisters von Neuyork:

„Der Bürgermeister von Neuyork sagt (Überschrift in dicken Lettern): Krieg des reichen Mannes — Kampf des armen Mannes. Beim Ausbruch des europäischen Krieges hatte die Firma J. P. Morgan ungefähr 300 000 000 Dollar in Anleihen, besonders in Britannien, angelegt. Ein Zusammenbruch des Britischen Reiches hätte also das Haus Morgan arm gemacht. Diese sowie andere internationale Anleihen gebrauchten den Schutz der Regierung der Vereinigten Staaten. Diese Bankiers brachten es zuwege, daß dieser Schutz mit unserem starken Heere und unserer Marine geleistet wurde. — Auf diese Weise hatten wir einen Krieg des reichen Mannes und einen Kampf des armen Mannes. John F. Hylan, Bürgermeister von Neuyork."

Diese der Wahrheit sicherlich sehr nahe kommende Auslassung wird bestätigt von einem anderen Amerikaner, John Kenneth Turner, der in einem kürzlich erschienenen Buche „Shall it be again?" („Soll es noch einmal geschehen?") feststellt:

„Zu Beginn des Jahres 1917 sah sich Wall Street zwei Gefahren gegenüber: sie waren erstens das Ende des ‚Kriegsbooms' als Folge der Erschöpfung des alliierten Kredits, und zweitens der mögliche Verlust eines großen Teiles der zwei Milliarden Dollar in Anlehen, Kapital und Zinsen als Folge der Unfähigkeit der Entente, einen entscheidenden Sieg zu erringen. Mit einem Wort, nicht nur künftige Kriegsprofite standen auf dem Spiele, sondern auch die in der Vergangenheit gemachten. Es hatte so schwer auf seine Wahl gesetzt, daß die Interessen der Ententeregierungen die Interessen von Wall Street geworden waren. Wall Street erschien ein Friede ohne Sieg undenkbar. Und es wurde immer deutlicher, daß er nur durch eine Intervention Amerikas auf seiten der Entente möglich war. Zu Beginn des Jahres 1917 war Krieg an der Seite der Entente die einzige Sache, die alle Probleme lösen würde. Er würde einmal eine weitere lange Periode von Kriegsaufträgen sichern, und er würde zweitens den alliierten Kredit garantieren."

Turner schließt sein Buch mit der Feststellung: „Die Wahrheit ist, daß Demokratie mit unserem Kriege nicht das geringste zu tun hatte, weder in seiner Herbeiführung noch in seiner Führung, weder in der Verteilung seiner Lasten, in der Organisation der Streitkräfte, in seinen wirklichen Motiven, in der Art des Friedensschlusses, noch in seinen Früchten, daheim und draußen, daß wir mit Deutschland zankten, Krieg führten und Frieden schlossen rein im Interesse und auf Befehl der großen Finanz und in allen Teilen zum Schaden des Gesamtwohls, daß kein Amerikaner 1917 und 1918 in Europa für sein Land starb, einfach weil für keinen Amerikaner Veranlassung vorlag, für sein Land zu sterben, sei es in Europa oder anderswo." F. R. E.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Rednerkurs ab 15. September 1922. Diejenigen Parteigenossen, die sich am Rednerkurs beteiligen wollen, wollen ihre genaue Adresse bei den Sektionsführern angeben. Meldeschluß am 12. September.

Nachrichten der Sturmabteilung

Am Sonntag, den 10. September, Pflichtausflug der Radfahrabteilung. Näheres durch Einladungskarten. Unentschuldigtes Fernbleiben zieht Ausschluß nach sich. Die übrigen Angehörigen der Sturmabteilung werden aufgefordert, sich an einem Ausflug nach Bad Tölz zu beteiligen. Anmeldungen dazu haben vorher im Parteilokal zu erfolgen. Nur diejenigen, die sich anmelden, können darauf rechnen, eine Fahrkarte zu erhalten.

Zu dem Ausflug nach Tölz: Die Radfahrabteilung trifft sich am Sonntag, morgens 7,30 Uhr, am Parteilokal. Abfahrt 8 Uhr.

Abteilung A und B sammelt sich um 10 Uhr vormittags Ecke Frühling- und Ohlmüllerstr. an der Reichenbachbrücke. Marschanzug und Regenschutz. Abfahrt Punkt 10 Uhr 30 Min.

Am Mittwoch, den 13. September, findet im Kleinen (Altmünchener) Saal eine Kontrollversammlung der Sturmabteilung statt; Beginn pünktlich abends 8 Uhr. Es nehmen daran sämtliche Mitglieder der Abteilung A und B teil. Es ergehen Einladungen.

Die Geschäftsstunden der Sturmabteilung sind von jetzt ab täglich von 4 Uhr nachmittags bis Geschäftsschluß.

Nachrichten des Jugendbundes

Am Samstag, den 9. September, abends 7 Uhr, Zusammenkunft im Parteilokal.

Alle Mitglieder des Jugendbundes werden aufgefordert, sich am Samstag, den 9. September, abends 7 Uhr, im Parteiheim einzufinden. Dortselbst findet wieder Bücherei statt. Neueintretende Kameraden können bei dieser Veranstaltung eingeführt werden. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, zu dieser Zusammenkunft zu erscheinen. Gleichzeitig bittet der Bücherwart, alle Freunde der Jugendbundbewegung, Bücher und Schriften, die für die Jugend geeignet sind, der Bücherei des Jugendbundes zu spenden.

Sektionsversammlungen

Montag. Sprechabend im Altmünchener Saal des Bürgerbräukellers (Rosenheimer Straße).

Au-Giesing. Sprechabend im Nebenzimmer des „Salvatorkellers", Hochstraße. Referent: Alfred Rosenberg.

Dienstag. Sektion Haidhausen-Bogenhausen. Sprechabend im Gasthaus zum „Ostbahnhof" am Orleansplatz.

Neuhausen. Sprechabend im Restaurant „Prinz Alfons", Prinz-Alfons-Straße 7. Referent Pg. Körner. Thema: „Staatlich geduldeter Volksbetrug."

Mittwoch. München-Süd. Sprechabend im Gasthaus „Schwalbenstein", Ecke Reifenstuel- und Thalkirchner Straße.

Mitteilungen anderer Ortsgruppen

Jachenau. Die angesetzte öffentliche Volksversammlung für Samstag, den 9. September, wird verschoben.

Bad Tölz. Die große öffentliche Versammlung findet bestimmt am Sonntag, den 10. September, nachmittags 3 Uhr, im „Schaftlerbräu" statt. Abfahrt für die Münchener Parteigenossen 9 Uhr 30 Min. vormittags (Holzkirchener Bahnhof).

Freising. Sprechabend am Donnerstag, abends 1/28 Uhr, für Mitglieder und Antisemiten im Gasthaus „Zur Gred", Unterer Markt.

Ortsgruppe Rosenheim. Jeden Samstag Sprechabend im „Flötzinger Löchl", 1. Stock.

Ortsgruppe Berchtesgaden. Jeden 2. und 4. Samstag jeden Monats Sprechabend im Gastzimmer des Salzbergwerks Berchtesgaden.

Ortsgruppe Bad Tölz. Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat Sprechabend im „Oswaldbräu" (Nebenzimmer). Beginn abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Erlangen. Jeden Mittwoch abends, pünktlich 8 Uhr, Sprechabend im „Goldenen Herz". Erscheinen sämtlicher Parteigenossen ist Pflicht. Jeden 1. Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung, an den übrigen Sprechabenden sind Gäste mitzubringen!

Ortsgruppe Stuttgart. Es finden in jeder 2., 3. und 4. Woche jeden Monats, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Nebenzimmer des „Schwarzwälder Hofes", Sophienstraße 10, Sprechabende statt. Die Mitglieder werden gebeten, regelmäßig zu erscheinen und Bekannte mitzubringen.

Ortsgruppe Halle a. d. S. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Sprechabend im „Franziskanerbräu", Große Märkerstraße.

Ortsgruppe Plauen. Sprechabend jeden Mittwoch von halb 9 Uhr an im Parteilokal, Fürstenstraße 29. Übungsabende der S.-A. jeden Mittwoch und Freitag von 7—9 Uhr in der Turnhalle der 6. Bürgerschule, Reißigerstraße.

Ortsgruppe Dortmund. Dienstag, den 12. September 1922, pünktlich 8 Uhr abends, in der Wirtschaft Tiemann, Olpe 43, Vortrag des Pg. Schulte über: „Der Bolschewismus." Freunde und Gegner sind herzlichst eingeladen.

Sonntag, den 17. September 1922: Gemeinsamer Ausflug mit Angehörigen und Freunden nach dem Harkort. Abmarsch: Grafenhof 8,30 Uhr vorm. Nachzügler: Abfahrt Südbahnhof 1,21 Uhr bis Herdecke-Nord, Restaurant „Bergfried". Parteiabzeichen sind anzulegen.

Ortsgruppe Hamburg. Zusammenkünfte jeden Montag, abends 8 Uhr, in der Gastwirtschaft des Herrn von Salzen, Caffamacherreihe 15/17, 1. Treppe. Am 1. Montag des Monats Mitgliederversammlung, am 2. und 4. Montag Sprechabend, am 3. Montag erweiterte Mitgliederversammlung. Zu allen Zusammenkünften sind Gäste einzuführen. Einladungen an die Mitglieder ergehen nicht mehr. — Vorsitzender: Joseph Klant, Hamburg, Fröbelstr. 2, Laden.

Ortsgruppe Hagen i. W. Montag, den 11. September 1922, abends 8 Uhr, im „Wilhelmshof" (Saal) Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Streichung unbrauchbarer Mitglieder. 2. Die Münchener Reise. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden gebeten, sich beim Saaleingang durch ihre Mitgliedskarte ausweisen zu wollen. Gäste haben diesmal keinen Zutritt.

•

Freising. Am Donnerstag, den 7. September 1922, fand im Nebenzimmer „Zur Gred" ein Mitgliedersprechabend statt. Es wurde die Vorstandschaft der Ortsgruppe Freising gewählt.

Der 2. Vorsitzende, Körner (München), gab ein kurzes Referat über: „Der Börsenschwindel als alleinige Ursache der heutigen miserablen Verhältnisse.“ Der Sprechabend hat gezeigt, daß auch in Freising unsere Bewegung im schnellen Fortschreiten begriffen ist. Die Sprechabende für die Ortsgruppe Freising finden jeden Freitag, abends 8 Uhr, statt.

Verein für das Deutschtum im Auslande. Um das Verständnis für das Wirken des Vereins für das Deutschtum im Auslande auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, veranstalten die hiesigen Gruppen am 11. und 12. September um 8 Uhr abends im „Wagnersaal“ volkstümliche Vorstellungen einer Wandergruppe aus Deutschösterreich (Wiener und Salzburger). Neben einer Altwiener Heurigen-Gruppe, welche Wiener Musik und echtes Altwiener Wesen in Lied und Tanz zeigen wird, soll auch das alpenländische Bergvolk in seiner urdeutschen, kernigen Art durch Tänze, mundartliche Gesänge und Vorträge zu Worte kommen. Einleitend wird hierzu der Führer der Gruppe, Prof. Julius Neumann aus Salzburg, Zweck und Ziel des deutschen Schulvereins, den Kampf des deutschen Volkes in den Grenzmarken und die Anschlußfrage besprechen. Allen deutsch Gesinnten sei der Besuch dieser Vorstellungen daher wärmstens empfohlen.

Ein geheimnisvolles Verhör

Wie wir aus guter Quelle erfahren, hat der gegenwärtig in München weilende Untersuchungsrichter des Leipziger Staatsgerichtshofes folgende Persönlichkeiten verhört: den General Ludendorff, Dr. v. Kahr, den Führer der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Dr. Heim, und den ehemaligen Polizeipräsidenten von München, Dr. Pöhner. Der letztere soll sich geweigert haben, sich dem Untersuchungsrichter zu stellen, da er den Staatsgerichtshof nicht als eine gesetzliche Einrichtung betrachtet. Verhört sollen noch u. a. werden die Präsidenten des Bayerischen Ordnungsblockes, Hofrat Dr. Pixis und Dr. Tafel. Es handelt sich bei diesen Verhören um die Feststellung angeblicher Umtriebe gegen die Republik. Man sieht also, welche Folgen das Kompromiß mit Berlin für Bayern hat.

„Nationaldeutsche“ Jüdinnen

Neben den famosen „nationaldeutschen“ Juden haben sich auch nationaldeutsche Jüdinnen fürs Deutschtum in den Kampf geworfen. Und zwar ist es der „Bayer. Kurier“, welcher seine Spalten für diese Bekenntnisse zur Verfügung stellt.

Eine Frau oder Fräulein Elise Neumeyer sieht uns im „Fieber des Schwerverwundeten“ und meint, die „Vernichtung der Juden in Deutschland“ sei „nur ein Grashalm“, den man — und umsonst — ergreife. Man solle „alles Gute vom deutschen Juden“ nehmen und sie nicht zur Verzweiflung treiben. Sie müßten sich sonst den radikalen Elementen anschließen.

Diese Worte bieten wieder einmal Anlaß, mit voller Deutlichkeit unsere grundsätzliche Stellung zu betonen. Selbst angenommen, die Wolff, Bernhard, Cohn, Kuttner, Stampfer, Levi, Jakobsohn, Warburg, Sobelsohn usw. usw. wären die besten Menschen von der Welt, so würden wir fordern, daß sie keinerlei Einfluß auf deutsches Leben haben dürften. Ebenso wie wir dies nicht Chinesen, Niggern zugestehen dürften, falls solche in größerer Anzahl unter uns leben würden.

Kommt aber zu dieser grundlegenden Erkenntnis noch die täglich zu erhärtende Tatsache, daß diese Juden Deutschland Tag für Tag mit Schmutz bewerfen, verhöhnen, es vor aller Welt und im geheimen schlecht machen, dann gibt es keine Versöhnung. Ehre und Sicherheit von 70 Millionen Deutschen sind uns weit mehr wert als 1 Million Juden.

Diesen Standpunkt darf uns kein sentimentaler Erguß verrücken.

Elise Neumeyer sagt, wir trügen Zersplitterung hinein. Im Gegenteil, wir werden die Spaltpilze in unserem Volkskörper entfernen. Die Weltanschauung der Humanität und der neuen, durchaus freimaurerischen, sog. „christlichen Nächstenliebe“ gehen ins Grab. Volkstum und Rassenschutz sind an deren Stelle getreten. Diesen Gang der Zeit wird niemand mehr aufhalten.

Auch eine Justiz

Am 6. September wurde Hauptmann Roemer vom Bund Oberland vom Volksgericht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Tatbestand:

Er hatte einigen Mitgliedern gegenüber über Geldnot geklagt und dann an sie die Frage gestellt, ob sie im Interesse des Bundes selbst bereit wären, ein Fremdenauto nach Oberammergau zu berauben. Diese Bemerkung wurde dem Volksgericht denunziert. Der Denunziant verreiste einen Tag vor der Verhandlung.

Vor Gericht erklärte Roemer, er habe seine Leute prüfen wollen, ob sie mit ihm durch dick und dünn gingen, ob er sich ganz auf sie verlassen könne. Im Ernst sei es ihm nicht eingefallen, einen Straßenraub zu inszenieren.

Bei der Zeugenvernehmung war eine Befangenheit des Vorsitzenden unverkennbar, der die Zeugen immer wieder unterbrach und Fragen stellte, die nichts mit der Sache zu tun hatten, und von „Straßenraub“ wie von einer ausgemachten Sache sprach.

Obgleich nun von einem solchen keine Rede, er weder ausgeführt noch vorbereitet war, wurde Roemer verurteilt. Gut.

Aber als Vizepräsident sitzt noch heute im Bayerischen Landtag ein Mann, der einen Raubüberfall auf offener Straße nicht nur besprochen, sondern durchgeführt hat: der M.S.P.-Führer Erhard Auer. Ist das die Gleichheit vor dem Gesetz? Welcher Unterschied besteht in einer durchgeführten Ausraubung einer Zeitungsauflage und einer hingeworfenen Bemerkung über Beraubung eines Fremdenautos? Doch nur der, daß das zweite Delikt — wenn man diese Bemerkung ernst nimmt, was nicht bewiesen wurde — bedeutend geringer ist. Wenn Roemer auf fünf Monate verurteilt wurde, so müßten Erhard Auer und Gehilfen auf zwei Jahre hinter eiserne Gardinen.

Aber siehe da, er präsidiert im Landtag und hält noch große Reden über Mutterschutz.

Das bayerische Volk kann diese „Justiz“ nicht begreifen und wird sie auch nicht begreifen.

Solidarität

Wir haben unter dieser Spitzmarke in der letzten Nummer von einem Vorkommnis bei der Firma Kustermann (München) berichtet, das so recht die ganze Hohlheit marxistischer Phrasendrescherei von Meinungsfreiheit als „revolutionäre Errungenschaft“ vor Augen führte. Wir bemerkten dabei, daß dieser Fall nicht der einzige uns bekannte sei. Heute sind wir in der Lage, das vorläufige Ergebnis eines zweiten derartigen Falles mitzuteilen.

In der öffentlichen Sitzung des Schlichtungsausschusses München-Stadt am Montag, den 4. Sept. 1922, wurde in Sachen Firma F. S. Kustermann (München) und Grimminger Jakob, gegen die Arbeiterschaft der Firma F. S. Kustermann, G. m. b. H., München, wegen Streitigkeiten im Betrieb der folgende einstimmige Schiedsspruch gefaßt:

> „Das Verlangen der Belegschaft der Firma F. S. Kustermann in München auf Entlassung des Möbelschreiners Grimminger stützt sich nicht auf irgendwelche kollegialen Verfehlungen Grimmingers, sondern lediglich auf die Tatsache, daß Grimminger Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ist. Die Belegschaft hat sich somit durch ihr Vorgehen nicht nur zu dem § 84, Ziff. 1, des Betriebsrätegesetzes, sondern auch zu dem verfassungsmäßig garantierten Grundrecht jedes Staatsbürgers auf ungehinderte Meinungsfreiheit in Widerspruch gesetzt.
>
> Es wird daher der Belegschaft auferlegt, ihre rechtswidrige Haltung, namentlich auch alle ultimativen Forderungen gegenüber dem Arbeitgeber, aufzugeben und der Weiterbeschäftigung des Grimmingers keinerlei Hindernisse mehr in den Weg zu legen.“

Wie sich die Belegschaft zu diesem Schiedsspruch verhalten wird, bleibt abzuwarten. Schließlich ist mit ihm auch dem hinausgedrängten Arbeiter nichts gedient, denn die Umgebung, in die er zurückkommt, wird wohl kaum, dank der marxistischen Verhetzung, ohne weiteres auf Grund eines Schiedsspruches sich mit dem Schlichtungsausschuß „solidarisch“ erklären.

Merkworte

„Vielleicht begegnen sich der russische Despotismus und die gallische Freiheit eines Tages in den Ebenen Deutschlands, um dort in einem furchtbaren Kampfe die Schicksale der Welt zu entscheiden.“

So schrieb Ende des 18. Jahrhunderts der französische Major Masson in seinen „Geheimen Memoiren über Rußland“, die bei Albert Langen kürzlich neu herausgegeben wurden. Trotzkis Drohungen mit seiner Roten Armee von einer Million Mann, Frankreichs erneute Vormachtstellung auf dem Festlande und unsere Wehrlosigkeit machen die Erfüllung der Voraussage nicht unwahrscheinlich, daß Deutschland bei einem Zusammenstoß des Bolschewismus mit der Demokratie den unglücklichen Kriegsschauplatz abgeben wird.

Kleine Nachrichten.

Ausstellung „Deutschland und der Friedensvertrag“. Die Liga zum Schutze der deutschen Kultur veranstaltet vom 9. September bis 8. Oktober in der Technischen Hochschule, Saal 330 bis 334, eine Ausstellung „Deutschland und der Friedensvertrag“. Wir haben zur Zeit kein anderes Mittel, gegen das Unrecht, das wir erleiden müssen, uns zu wehren, als immer wieder zu zeigen — uns selbst und den andern —, wie groß das uns zugefügte Unrecht ist. Dazu kann die Ausstellung in hervorragendem Maße dienen. Es ist Pflicht jedes anständigen Deutschen, sich in weitestem Maße durch den Besuch der Ausstellung die erforderliche Kenntnis der Zusammenhänge unserer heutigen wirtschaftlichen Not und des „Friedensvertrages“ von Versailles zu beschaffen. Insbesondere werden alle Organisationen dringend aufgefordert, die Möglichkeit von Sondervorführungen nicht ungenutzt zu lassen. Anfragen und Anmeldungen zu den Sondervorführungen sind an den Geschäftsführer der Ausstellung, Dr. Aug. Mohr, Georgenstraße 42 (Tel. 32936), oder an den Bürgerrat München, Herzog-Max-Straße 4/II (Tel. 54348), einzureichen.

Werbereise österreichischer Jugendlicher. Gruppen österreichischer Jugendlicher beiderlei Geschlechts reisen zur Zeit, geführt von Lehrern und Lehrerinnen, durch die deutschen Gaue und ernten überall mit ihren volkstümlichen Aufführungen, Schrammelmusik, Tänzen, Liedern, Darstellungen alter Gebräuche, vor gefüllten Häusern stürmischen Beifall. Auch in München wird eine solche Gruppe am 11. und 12. Sept. im Wagnersaal auftreten. Näheres besagen die Plakate. Der Verein für das Deutschtum im Ausland, der alle Deutschen ohne Unterschied der Partei sammeln will, hat diese Reisen veranlaßt und lädt die Münchner zu zahlreichem Besuch dieser Veranstaltungen ein. Der Reinertrag kommt den in ihrem Volkstum gefährdeten Brüdern jenseits der Reichsgrenze zugute.

Verbreitet den „Beobachter“!

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dietrich Eckart. — Für den Anzeigenteil: Philipp Bouhler. — Verlag: Frz. Eher, Nachf., G. m. b. H. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. — Sämtliche in München.

Steckenpferd-Buttermilch-Seife
die beste Kinderseife